



BBI-Nachrichten

10/2020

Herausgegeben vom Sprecher*innenteam des Bündnisses der Bürgerinitiativen
„Kein Flughafenausbau – Für Nachtflugverbot von 22-06 Uhr. www.Flughafen-BI.de

Kundgebung der Bürgerinitiativen zum Jahrestag der Eröffnung der Nordwestbahn

Bitte vormerken: 21.10.2020, 17 Uhr Römerberg, Frankfurt

Jetzt schon in den Terminkalender eintragen:
Am 21.10.2020, 17.00 Uhr wird das Bündnis der Bürgerinitiativen BBI anlässlich des 9. Jahrestags der Eröffnung der Nord- West-Landebahn eine Kundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt abhalten.

„Es geht doch: Deutlich weniger als 380.000 Flugbewegungen, weniger Lärm und Umwelt-Gifte!“

Alle sind eingeladen, die unseren Protest gegen einen Flughafenausbau, der nie hätte genehmigt werden dürfen, unterstützt haben und in Zukunft unterstützen wollen!

Knut Dörfel



Unser Banner „Keine Kurzstreckenflüge!“, das erstmals bei unserer Kundgebung am 03.08. in Wiesbaden zu sehen war, wird auch am Römerberg wieder dabei sein.

Schwere Fehlentscheidungen des grünen Ministers zur Zukunft des Flughafens

**Al Wazirs Hessenplans gibt zu Umwelt, Klima und
Zukunftsfähigkeit des Flughafens völlig falsche Antworten.**

**Pressemitteilung des BBI vom
01.10.2020:**

Der „Neue Hessenplan für Hessens Wirtschaft“ der Landesregierung weist schwerwiegende politische Fehlentscheidungen auf. Zu dieser Bewertung kommen die Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau - für Nachtflugverbot von 22 - 06 Uhr“.

„Bei seinen Ausführungen weist der Minister zwar vor dem Hintergrund der Pandemie auch auf die Herausforderungen der Erderwärmung

und die dringende Notwendigkeit, Klima und Umwelt zu schützen hin. Was seine Entscheidungen zum Flughafen und zur Luftfahrt betrifft, zieht mit seinen politischen Absichten dann aber grundfalsche Konsequenzen und bleibt die wesentlichen Antworten schuldig.“

Mit diesen Worten fasst Knut Dörfel im Namen des Sprecherteams die Kritik zusammen. Die wesentlichen Zeichen der Zeit habe Minister Al Wazir als grüner Minister in der Landesregierung nicht verstanden.

Wenn zwischenzeitlich die Statistik der Flugbewegungen in Frankfurt ein Minus von 80% und mehr verzeichnet hat und auf Jahre hinaus nur noch geringer Bedarf an Kapazitäten im Luftverkehr zu erwarten ist, muss eine verantwortungsvoll handelnde Regierung deutlich gegensteuern.

„Statt öffentliche Gelder in wirtschaftliche Umstrukturierung und eine zukunftsweisende Sozialpolitik zu investieren, wird stur am Bau von Terminal 3 festgehalten, obwohl es in Zukunft nicht gebraucht wird!“ betont Dörfel.

Was Luftverkehr betrifft, stehen alle Zeichen auf Abkehr von ungesundem und klimaschädlichem Wachstum.

„Die Phrasen vom Flughafen als angeblichem Herzmuskel bzw. als Motor für die Wirtschaft in der Region sind endgültig entlarvt. Corona hat gezeigt, dass die Wirtschaft keineswegs

zusammenbricht wenn die Flugzahlen um mehr als 70% zurückgehen!“

Die Bürgerinitiativen sehen sich bestätigt in ihrem Urteil, dass nicht länger Milliarden als Subventionen und Investitionen für Luftverkehr ausgegeben werden dürfen, sondern für zukunftsfähige Strukturmaßnahmen im Bereich Mobilität fließen müssen – im Interesse des Klimaschutzes und um nachhaltige und faire Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Politik der Landesregierung verpasst die einmalige Chance, durch die richtigen Entscheidungen den Herausforderungen des drohenden Klimawandels gerecht zu werden und einen Flughafen zu schaffen, der ökologisch in die Region passt und den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird anstatt sie zu belasten und krank zu machen.

Die Forderung wird immer lauter und international: Luftverkehr reduzieren

Stay Grounded berichtet von Demonstrationen am 04.10. an 18 Flughäfen in Frankreich und Mexiko

„Im Anschluss an den Aufruf der Umweltorganisationen Alternatiba und ANV-COP21 zum Thema Flughäfen im März haben gestern 2000 Menschen auf 18 Flughäfen in Frankreich und Mexiko mobilisiert, um Maßnahmen zur Verringerung des Flugverkehrs zu fordern, begleitet von einem Umstellungsplan für die Beschäftigten des Sektors.

Alle, die sich diesen mutigen und inspirierenden Aktionen angeschlossen haben, und diejenigen, die sie bekannt gemacht haben, verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung!

In Paris gelang mehr als 350 Aktivisten eine Doppelaktion am Flughafen Roissy mit einer Kundgebung am Terminal und dem Vordringen auf das Rollfeld.

In Annecy, Avignon, Avignon, Bordeaux, Besançon, Caen, Chambéry, Clermont-Ferrand, Lille, Marseille, Montpellier, Mulhouse, Nantes, Nizza, Paris, Poitiers, Tallard, Toulouse und Tours fanden Aktionen verschiedener Formen statt: Fahrräder, Märsche, Die-Ins, Blockade-Aktionen, Aufstellen von Transparenten. In Mexiko-Stadt wurde ein Transparent vor dem Flughafen Benito Juarez aufgestellt, und die



03.10.2020 Aktivist*innen blockieren ein Flugzeug auf dem Rollfeld des Flughafens Roissy/Charles de Gaulle bei Paris. Ein riesiger Ausbau des Flughafens ist geplant, von 7-9 Milliarden EURO ist die Rede. Auf dem Plakat steht: „Terminal 4: Der Staat muss STOPP sagen!“

Organisation CPOOEM führte Informationsaktivitäten durch.

Der Aufruf, die französische Mobilisierung zur Reduzierung des Luftverkehrs über die Grenzen zu bringen, wurde auch mit einer kleinen solidarischen Fahrradtour der belgischen Organisation Zomer Zonder Vliegen zur Aktion in Lille beantwortet.

Im Anschluss an diese Aktionen wurden gestern Abend in Paris 130 Personen in Gewahrsam genommen, darunter 5 Journalisten

und 5 Wissenschaftler, und 7 Aktivisten wurden in Bordeaux in Gewahrsam genommen. Das Rechtsteam von Alternatiba mobilisierte, um sie so schnell wie möglich herauszuholen. Nach 33 Stunden Haft wurden die letzten Aktivisten schließlich freigelassen.

Ein erstes kleines Video, in dem die Aktion beim Pariser Flughafen CDG dokumentiert wird,

ist im Internet zu sehen. Die Verbreitung des Videos und der Informationen zum Aktionstag ist erwünscht. Link zum Video:

<https://www.facebook.com/AlternatibaParis/videos/264006954830989>

Ins Deutsche übersetzt mit Hilfe von www.deepl.com/Translator und redaktionell überarbeitet Knut Dörfel

Wer macht mit? Ein Vorschlag zur Stärkung der Kommunikation und des Zusammenhalts im Bündnis der Bürgerinitiativen

Die „BBI-Nachrichten“ sollen den Informations- und Gedankenaustausch aller an unserem Flughafenprotest interessierten Menschen unterstützen. Gleichzeitig möchten wir möglichst viele derjenigen erreichen und ansprechen, die in den letzten Jahren am Flughafenprotest des BBI beteiligt waren und auch gelegentlich oder regelmäßig an Montagsdemonstrationen teilgenommen haben. Wegen der Pandemie mussten die Montagsdemos ausgesetzt werden, und es ist für uns alle von einem zum anderen Tag sehr viel schwieriger geworden, in Verbindung zu bleiben, den gemeinsamen Zusammenhalt zu spüren und zu stärken.

Es scheint, als ob wir auch über die Bürgerinitiativen nicht alle in dem Maß erreichen können, wie es für unseren Flughafenprotest gut wäre. Um dem abzuhelfen wollen wir möglichst zu allen, die sich unserem Flughafenprotest verbunden fühlen und daran teilgenommen haben, in direkten Kontakt treten können und ihnen

auch untereinander den Kontakt ermöglichen. Wir schlagen vor, dazu einen gemeinsamen Mailverteiler für alle in unserem Flughafenprotest aufzubauen. Alle Bestimmungen des Datenschutzes werden selbstverständlich beachtet.

Es wäre schön, wenn möglichst viele mitmachen und so einen Beitrag zur Stärkung unseres Zusammenhalts und zur Ermutigung der Aktiven leisten würden.

Was ist konkret zu tun? Wer mitmachen möchte schickt eine kurze Mail an die Adresse mailverteiler@flughafen-bi.de

Dadurch ist sichergestellt, dass wir in Zukunft in direkten Kontakt treten können und Informationen und auch die künftigen „BBI-Nachrichten“ direkt und ohne Umweg zusenden können.

Das BBI-Sprecher*innenteam
Ina Hauck, Knut Dörfel, Michael Flörsheimer

Luftverkehrsindustrie im Sturzflug Fragwürdige Milliardensubventionen aus Steuergeldern

Bedingt durch die Corona-Pandemie ergaben sich in den vergangenen Monaten statistische Einbrüche von bisher nie gekanntem Ausmaß.

Im Mai war die Zahl der internationalen Flüge um ca. 70% reduziert! Weltweit bedeutete dies für die Luftverkehrsindustrie und die Fluggesellschaften ganz extremen Umsatzrückgang, und fallende Aktienkurse.

Der Rückgang bei der Passagierkapazität belief sich schon im April 2020 auf 91%, wobei Europa und der asiatische Raum am stärksten betroffen waren.

Bei FRAPORT bestand die einzige Reaktion auf diesen drastischen Rückgang in der Einführung von Kurzarbeit, um die Kosten zu senken.

Damit waren die finanziellen Belastungen vom Konzern und den Aktionären abgewälzt und auf die Sozialkassen verlagert, denn Kurzarbeitergeld wird aus dem Beitragsaufkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in die Arbeitslosenversicherung finanziert.

Zwar soll Terminal 3 laut FRAPORT wahrscheinlich erst 2025 in Betrieb genommen werden, aber selbst dieser Termin ist komplett in Frage zu stellen, da niemand aktuell

vorhersagen kann, wie lang die Pandemie noch andauert.

Und trotzdem hält FRAPORT am Weiterbau von Terminal 3 fest! Die hierfür notwendigen Milliarden werden an anderen, viel wichtigeren Stellen fehlen wie z.B. in der Daseinsvorsorge.

Aber was sind schon Mrd. Ausgaben oder Verluste in unserem Land?

Für die Lufthansa, die als führende deutsche Luftverkehrsgesellschaft in besonderer Weise zum maßlosen Ausbau des Flughafens in Frankfurt gedrängt hat, ist das Szenario, das sich durch die Pandemie ergeben hat, noch schlimmer.

Der Konzern beansprucht staatliche Unterstützungszahlungen in Höhe von bis zu 9 Mrd., letztlich finanziert durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Gleichzeitig reagiert er mit unsozialen Maßnahmen zur Kostensenkung, fast ausschließlich mit Arbeitsplatzabbau (bis jetzt ist die Streichung von 28.000 Arbeitsplätzen im Gespräch) sowie mit Umstrukturierung und Gründung neuer Billigairlines.

Unsere Aufgabe muss es daher weiterhin sein, die Entwicklung am Flughafen Frankfurt und in der Luftverkehrsindustrie insgesamt im Auge zu behalten und äußerst kritisch zu begleiten.

Monika Wolf

Flughafenprotest trotz Corona

Bürgerinitiativen stärken Zusammenhalt und bleiben aktiv

Die Pandemie hat auch die Bürgerinitiativen getroffen. Schon vor dem Lock-Down hatten die Mitglieder des Sprecher*innenteams die Situation richtig eingeschätzt und noch Ende Februar entschieden, die Montagsdemonstrationen auszusetzen.

Seit der Eröffnung der Landebahn vor mehr als 8 Jahren haben wir gezeigt, dass wir keine Ruhe geben und nicht aufgeben. Nun mussten wir lernen, mit der Pandemie umzugehen.

Diskussion, Ermutigung und Planung von Aktionen in Online-Konferenzen

Die bewährten Strukturen des BBI und da besonders unser Delegiertensystem haben es möglich gemacht, dass der Informations- und Gedankenaustausch nicht abgerissen ist und nicht nur per Email und telefonisch stattfand. Aus einzelnen Bürgerinitiativen kam schon bald der Vorschlag, Telefonkonferenzen und Videokonferenzen für gemeinsame Diskussionen und Entscheidungen zu nutzen.

Und weil auch öffentlich gezeigt werden sollte, dass der Flughafenprotest weitergeht, wurde der Begriff der Online-Mahnwache entwickelt und bald gab es wieder regelmäßig am Montag um 18 Uhr für alle, die am Flughafenprotest interessiert sind, die Gelegenheit, sich zum Online-Treffen des BBI anzumelden und am gemeinsamen aktuellen Informations- und Gedankenaustausch teilzunehmen.

Gestützt auf die Möglichkeiten, die sich uns in Form der Online-Konferenzen boten, war es möglich, schon Ende April wieder mit

gemeinsamen öffentlichen Protestaktionen zu beginnen, natürlich unter Beachtung aller Sicherheitsvorkehrungen, die aufgrund der Pandemie geboten waren.

Flughafenprotest auf Straßen und Plätzen auch in Zeiten der Pandemie

Als erstes veranstaltete „Gemeinsam gegen Fluglärm und Schadstoffe“ wie in den Jahren zuvor eine Mahnwache in Frankfurt vor dem Römer anlässlich des „Tags gegen Lärm“ Ende April. Im Mai veranstaltete machte das BBI wie in jedem Jahr anlässlich der Fraport Hauptversammlung eine Kundgebung vor der Paulskirche zusammen mit Sprechern von Frankfurter Klimagruppen, Fridays for Future und „Am Boden bleiben“. Dabei wurde klar und lautstark deutlich gemacht, was für ein schrecklicher Nachbar FRAPORT mit seinen internationalen Geschäften sowohl an seinem Stammsitz als auch an vielen Orten weltweit für die Anwohner ist, rücksichtslos agierend, mit einer Agenda, die einzig auf Profit um jeden Preis orientiert ist.

Vorläufiger Höhepunkt der öffentlichen Protestaktionen des BBI war schließlich die Kundgebung vor dem Landtag in Wiesbaden, wo wir den Landtagsabgeordneten die Forderung „Kurzstreckenflüge untersagen!“ präsentierten.

Weiter geht es am 21.10. um 17.00 Uhr in Frankfurt auf dem Römerberg, wo wir unsere Forderungen zum 9. Jahrestag der Eröffnung mit Nachdruck vertreten werden. K.D.